

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

Für ein starkes Bremen in Europa!

Selten in ihrer Geschichte war die Europäische Union (EU) mit so vielen gewaltigen Herausforderungen gleichzeitig konfrontiert wie derzeit. Der Frieden in Europa ist massiv bedroht. Die Sicherheitslage hat sich in den vergangenen Jahren fundamental verändert, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Es zeigt sich: Für Europas Sicherheit und Wehrhaftigkeit muss deutlich mehr getan werden. Eine umfassende Sicherheitsagenda für die EU wird gebraucht, die auf allen politischen Ebenen ankommt und Handlungsdruck erzeugt. Vor allem müssen die einzelnen guten Ansätze in den Nationalstaaten zu einer echten Verteidigungsunion weiterentwickelt und der europäische Pfeiler in der transatlantischen Verteidigung gestärkt werden. National sind die Einführung eines verpflichtenden Dienstjahres sowie übergangsweise die Einführung der Kontingentwehrplicht notwendig und wären auch für die europäische Sicherheit wegweisend.

Unsere staatlichen Institutionen sind durch die Migrationsbewegungen nach Europa und den großen Zuwanderungsdruck nach Deutschland und in unsere Heimatstädte Bremen und Bremerhaven überfordert. Allein im Jahr 2023 sind 9.716 neue Geflüchtete in Bremen angekommen, während insgesamt 11.521 Schutzsuchende in Bremen betreut werden. Das führt dazu, dass Menschen kaum mehr würdig aufgenommen und untergebracht werden können. Zudem ist festzustellen, dass z. B. die Strukturen der Aufnahme und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern, Kindergärten und Schulen überlastet sind und eine wirkliche Integration kaum mehr stattfinden kann. Selbst, wo wir mehr leisten wollen, scheitern wir am Fachkräftemangel. Bremen steht an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit, in Teilen wurde sie bereits überschritten. Nunmehr gilt es innezuhalten, zum Wohle aller hier lebenden Menschen und im Sinne der ankommenden Menschen. Die überforderten Systeme brauchen unsere Aufmerksamkeit, eine Atempause und die Kraft zur Erneuerung. Wir müssen von der Überforderung wieder in die Förderung kommen. Daran führt in Bremen kein Weg vorbei. Kritisch sind die Migrationspolitik des rot-grün-roten Senats und ihre Auswirkungen auf Menschen, die zu uns kommen und die hier leben, zu sehen – nicht jedoch die Menschen. Es ist wichtig, den Menschen, die rechtmäßig Schutz bei uns suchen, tatsächlich helfen zu können, um ihnen eine zügige Perspektive bieten zu können. Die Maßnahmen der Europäischen Union im beschlossenen Asylpakt und insbesondere innerhalb des Solidaritätsmechanismus werden entscheidend dazu beitragen, irreguläre Migration zu beenden und Sekundärmigration zu erschweren.

Europa muss Vielfalt zulassen und dabei die angestammte Werte- und Gesellschaftsordnung bewahren. Das ist das Spannungsverhältnis unserer Zeit.

Nicht zuletzt müssen wir unseren Wohlstand in einer Zeit des Klimawandels erhalten. Dabei sind Wirtschaft, Energie und Klimaschutz nicht als Gegensätze, sondern als Einheit zu sehen. Ohne eine wettbewerbsfähige innovative Wirtschaft kann es keinen nachhaltigen Klimaschutz geben. Ohne Klimaschutzmaßnahmen keine nachhaltige Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Daher ist eine sichere Energie- und Rohstoffversorgung wichtig. Klimaschutz ist mit den Menschen und Betrieben zu gestalten, nicht gegen sie.

Das Ziel ist klar: Ein Europa in Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand soll erhalten bleiben. Trotz oder gerade wegen der unsicheren Lage in der Welt. Damit dieses Versprechen auch gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern noch eingelöst werden kann, ist eine veränderte Haltung notwendig. Bei der Sicherheit, bei der Migration und bei der Sicherung unseres Wohlstandes. Die Zeit zum Handeln ist jetzt.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

I. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) erklärt:

Die Europäische Einigung erachtet die Bremische Bürgerschaft (Landtag) auch nach über 70 Jahren eine wegweisende Erfolgsgeschichte. Dabei hat insbesondere die Europäische Union für Stabilität und Wohlstand in ungeahntem Ausmaß gesorgt, von dem auch unsere Städte Bremen und Bremerhaven profitiert haben und weiterhin profitieren. Als Hansestadt und Seestadt, als echte Handelsstandorte, wissen wir um den Wert freien Grenzverkehrs, des ungehinderten Warenflusses und der Kooperation über Grenzen hinweg. Die Bürgerschaft (Landtag) strebt ein Europa an, das regional verwurzelt, national getragen und europäisch legitimiert ist. Ein Europa, das für die Menschen in Bremen und Bremerhaven da ist. Zugleich tritt die Bremische Bürgerschaft (Landtag) für eine EU ein, die besser funktioniert und sich auf das Wesentliche konzentriert.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ruft alle Wahlberechtigten in Bremen und Bremerhaven, insbesondere die Erstwähler, dazu auf, am 9. Juni 2024 an der Europawahl teilzunehmen, um die demokratischen Rechte zu nutzen und aktiv an der Gestaltung der Zukunft Europas mitzuwirken.

II. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt weiterhin fest, dass folgende Punkte zentrale Handlungsfelder sind, in denen die EU, Deutschland, Bremen und Bremerhaven gestärkt werden müssen:

1. Die Sicherheit aus und für Bremen und Bremerhaven stärken!

Die schnelle Verfügbarkeit von Verteidigungsgütern ist entscheidend für die Sicherheit Bremens, Deutschlands und Europas. In Bremen und Bremerhaven arbeiten etwa 4.000 Menschen in der Verteidigungs- und Sicherheitsindustrie. Diese Schlüsselindustrien müssen gestärkt und gemeinsame Exportregeln entwickelt werden. Die europäische Taxonomie darf die bremischen Unternehmen nicht belasten oder in ihren Investitionen beschränken. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für einen gemeinsamen Rüstungsmarkt und

eine gemeinsame Industriestrategie aus, um die verteidigungstechnischen Unternehmen in Bremen und Bremerhaven zu stärken. Lokal sollen Verteidigungsunternehmen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, etwa durch die Ausweisung von Gewerbeflächen nahe bestehender Standorte.

2. Bremerhaven ist Dreh- und Angelpunkt europäischer Sicherheit!

Die Seestadt Bremerhaven spielt im Verteidigungsfall der NATO eine zentrale Rolle für Deutschland und Mitteleuropa. Die Hafenanlagen und die Infrastruktur sind für militärische Mobilität, besonders für US-Streitkräfte, von großer Bedeutung. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Ausbau und die Sanierung der verteidigungswichtigen Hafeninfrastuktur, wozu die Hinterlandanbindungen auf Schiene und Autobahn sowie der Flughafen in Bremen gehören. Diese Maßnahmen sind auch für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes zentral.

3. Einen Sicherheitsdialog mit unseren Partnerstädten in Mittelost- und Nordeuropa aufbauen!

Bremen und Bremerhaven pflegen starke Partnerschaften mit Städten in Mittelost- und Nordeuropa, wie Gdansk, Riga, Odessa, Szczecin, Pori und Fredrikshavn. Diese Partner bringen ein anderes Verständnis der aktuellen Sicherheitslage mit. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich daher für einen gemeinsamen Sicherheitsdialog mit diesen Städten aus, um ein gemeinsames Sicherheitsverständnis zu entwickeln und praktische Kooperationen sowie den Austausch in militärischer und ziviler Verteidigung zu fördern. Dadurch soll die europäische Verständigung praktisch und lokal gestärkt werden.

4. Die Zivilklausel an den Hochschulen des Landes Bremen muss weg!

Wissenschaft und Forschung sind frei. Sie dienen als gemeinsame Treiber für Fortschritt und Innovation in allen Bereichen unseres Zusammenlebens. Dabei bildet das Militär keine Ausnahme. Für eine gut aufgestellte Verteidigungsindustrie im Land Bremen und eine starke Bundeswehr in Deutschland braucht es zudem eine fundierte Anerkennung der militärischen Forschung in der Wissenschaft. Beiden Zielen steht die Zivilklausel im bremischen Hochschulgesetz im Weg. Sie ist im Jahr 2024 ein falsches und missverständliches Signal an unsere Streitkräfte sowie die Partner in Europa und in der Welt. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich daher für die Streichung der Zivilklausel aus unserem Hochschulrecht aus.

5. Mit Humanität und Ordnung irreguläre Migration verhindern!

Die Aufnahmesysteme in Bremen sind überlastet. Gleichzeitig sieht die Bürgerschaft (Landtag) die Notwendigkeit für die legale Zuwanderung von Fachkräften und bekräftigt die humanitäre Verantwortung von Bremen, verfolgten Menschen zu helfen. Einheitliche Asylverfahren in Europa erhöhen die Akzeptanz dieses Handelns. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für die Bekämpfung der Schleuserkriminalität, den Schutz der Außengrenzen, eine konsequente Abschiebep Praxis und die Unterbindung irregulärer Migration aus. Der EU-Asylpakt wird Deutschland dabei helfen, und jede staatliche Ebene muss den Pakt in eigener Verantwortung umsetzen und Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung ergreifen. Die Bezahlkarte ist hierbei entscheidend. Dass das Bundesland Bremen

deren Einführung im Bundesrat aus ideologischen Gründen nicht zugestimmt hat, ist eine Absage an die europäische Solidarität. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert dementsprechend die rasche Einführung der Karte im Land Bremen.

6. Das Konzept der sicheren Drittstaaten umsetzen. Anreize reduzieren!

Jeder Asylbewerber in Europa soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Bei Anerkennung soll der sichere Drittstaat Schutz gewähren. Nach erfolgreicher Umsetzung des Drittstaatskonzepts soll eine Koalition der Willigen in der EU jährlich ein Kontingent schutzbedürftiger Menschen aufnehmen und verteilen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert eine Anpassung der Sozialleistungen für Asylbewerber und Schutzberechtigte in der EU unter Berücksichtigung der Kaufkraft der Mitgliedstaaten. Europa muss mehr zur wirksamen Bekämpfung von Fluchtursachen tun, Hilfe in Herkunfts- und Transitländern leisten und Menschen Lebensperspektiven in ihrer Heimat bieten.

7. Den Wohlstand für Generationen nachhaltig sichern!

Bremen und Bremerhaven sind wichtige Industriestandorte. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für gute Rahmenbedingungen einzusetzen, die Wachstum und notwendige Transformation ermöglichen. Die EU unterstützt Unternehmen in der kritischen Phase der Transformation mit Maßnahmen wie dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Der Eingriff auf diese Weise kann aber immer nur eine Zwischenlösung sein. Langfristig setzt die Bürgerschaft (Landtag) auf marktbasierende Instrumente: Emissionshandel, sozialen Ausgleich, erneuerbare Energien, Wasserstoffwirtschaft, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft. Ziel ist ein niedriger, wettbewerbsfähiger Strompreis.

Lokal steht die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hinter der Umrüstung der Stahlwerke auf Wasserstoffbetrieb, maßgeblich unterstützt durch die EU, um Bremens Klimaneutralität zu erreichen. Die Dekarbonisierung der Stahlwerke reduziert etwa die Hälfte des CO₂-Ausstoßes des Landes Bremen. Kofinanzierungsmittel für diese Transformation sollen nachhaltig und generationengerecht bereitgestellt werden. Die Bürgerschaft (Landtag) strebt an, finanzielle Mittel der EU gezielt für Wachstum, Innovation und Wohlstand einzusetzen und klare Prioritäten für die Zukunft zu setzen.

8. Freier Handel: Die historische Lebensader Bremens und Bremerhavens!

Bremen und Bremerhaven begründen ihren Wohlstand auf freiem Handel. Die EU braucht eine strategische Handelspolitik, die offene Märkte fördert, Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten reduziert. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für mehr Freihandelsabkommen aus, insbesondere mit den USA und Südamerika, sowie mit Indien, Australien, Indonesien und Thailand. Künftig sollen Freihandelsabkommen nur noch als reine EU-Abkommen („EU-only“) verabschiedet werden. Gleichzeitig sollen den Ländern auch echte Partnerschaften angeboten werden, um Europa im globalen Wettbewerb zu stärken.

9. Forschung, Innovation, Digitalisierung als Grundlage für ein zukunftsstarkes Land Bremen und Europa

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für ein Europa aus, das Schlüsseltechnologien versteht, entwickelt und produziert, um technologische Souveränität zu erreichen. Dafür sind ausreichende Investitionen in Forschung und Entwicklung unabdingbar. Bremen und Bremerhaven sind führend bei Technologien wie Digitalisierung, KI, Leichtbau, 3D-Druck, autonome Systeme, Wasserstofftechnologien und Biotechnologie. Besonders hervorzuheben ist die einzigartige Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft und Entwicklung, wie sie durch die German Offshore Space Alliance demonstriert wird, die an einem Offshore-Weltraumbahnhof arbeitet. Wir unterstützen diese Allianz, da sie innovatives Denken und Technologiesouveränität vereint.

Eine solide und verlässliche Finanzierung der Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven ist notwendig, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dazu gehört auch die Ausfinanzierung des Wissenschaftsplans 2025. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert ambitionierte Ziele und Leitlinien im anstehenden Wissenschaftsplan 2030 und sieht die Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen mindestens auf das Bundesdurchschnittsniveau als hohe politische Priorität.

Für die digitale Zukunft Europas müssen frühzeitig Fachkräfte ausgebildet werden. Deshalb fordert die Bremische Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren, wie etwa der Universität Bremen, ein eigenständiges Informatikfach ab Sekundarstufe I und einen Lehramtsstudiengang Informatik in Bremen einzuführen. Für einen starken KI-Standort Bremen sollen verstärkt Forschung gefördert, Anwendungsentwicklungen unterstützt und Freiräume geschaffen werden. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert im Sinne der Bürgerinnen und Bürger einen verstärkten Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung und spricht sich für entsprechende Pilotprojekte, rechtliche Anpassungen und Bildungskampagnen in diesem Bereich aus. Europaweit sollen ethische Werte die Grundlage der KI-Entwicklung bilden, ohne durch Überregulierung Chancen zu ersticken.

10. Es macht einen Unterschied, wer Kommissionspräsidentin wird!

Das Europäische Parlament hat mit dem sogenannten Spitzenkandidatensystem, den Willen bekräftigt, dass Präsidentin oder Präsident der neuen Kommission wird, wer ein klares Mandat der Wählerschaft und eine Mehrheit im Parlament hat. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das Spitzenkandidatensystem als Ausdruck eines demokratischen Willensbildungsprozesses ausdrücklich. Sie stellt fest, dass die amtierende Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, Europa eine starke Stimme in der Welt verliehen und während der globalen Pandemie sowie des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine Führungskraft gezeigt hat. Sie hat bewiesen, dass sie eine Kommissionspräsidentin für die gesamte EU ist. Die Fortsetzung dieses Erfolgskurses unterstützt die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ausdrücklich.

Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU